

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 18. Dezember 1953

Blatt 2288

## Die Debatte über das Wohnungswesen

=====

18. Dezember (RK) GR. Dipl. Ing. Haider (WdU) betont, daß immer wieder Klagen aus den Kreisen der Bevölkerung über unfreundliches Verhalten einzelner Beamten des Wohnungsamtes kommen. Bei der Zuteilung von Wohnungen werde leider mit einer gewissen Parteilichkeit vorgegangen, die besser unterbleiben würde. Die WdU werde gegen diese Gruppe stimmen.

GR. Hausner (LBl.) erklärt, die Wiener Wohnverhältnisse hätten sich nicht gebessert sondern verschlechtert. Umso unverständlicher sei es, daß die Sozialisten der Forderung der ÖVP, das Wohnungsanforderungsgesetz zu novellieren, zugestimmt und dadurch tausende Wiener Wohnungslose der Profitgier vieler Hausbesitzer ausgeliefert hätten. Wir brauchen eine Verbesserung des Wohnungsanforderungsgesetzes, denn in Wien warten 90.000 Familien auf eine Wohnung.

Der Redner zählt dann einige Beispiele von den Wohnungsverhältnissen in Wien auf. Er berichtet von Familien, die nicht vom Wohnungsamt eingewiesen werden konnten. In einer kleinen Wohnung zum Beispiel waren nicht weniger als 14 Personen untergebracht. Sie mußten im Polizeiarrest Nachtquartier suchen. Daß das Wohnungsamt unpopulär ist, liegt nicht nur darin begründet, daß zu wenig Wohnungen zur Verfügung stehen, sondern vor allem darin, daß das bisherige System unzulänglich ist. Der Redner erhebt vor allem den Vorwurf, daß in der Bevölkerung der Eindruck bestehe, daß Ansuchen um eine Wohnung nur behandelt werden, wenn der Betreffende Mitglied der SPÖ ist.

GR. Hausner wendet sich gegen den Mißbrauch, der mit dem Wohnungswechsel getrieben wird; wirklich dringende Fälle aber bleiben unberücksichtigt.

Über den Wohnungstausch sagt er, daß oft das Wohnungsamt selbst Tauschansuchen ohne Angabe von Gründen verweigert. Es hat den Anschein, als ob hier so mancher Willkürakt gesetzt wird. Es wäre daher unbedingt notwendig, ein Kontrollsystem zu schaffen.

Der Redner bespricht dann einen Artikel in der "New York Times", in dem es unter anderem heißt, daß die Wiener die am schlechtesten untergebrachten Menschen des Kontinentes sind.

Zum Siedlungs- und Kleingartenwesen bemerkt der Redner, daß von einer Siedlungsförderung nicht gesprochen werden könne. In den Randgebieten gibt es noch Gründe, die man erwerben könnte, um den Siedlungswilligen Boden zu geben. Auf diese Weise wird man verhindern, daß sich Leute in Gebieten ansiedeln, die nicht dazu geeignet sind.

Abschließend sagt GR. Hausner, man müsse feststellen, daß bei der Verwaltungsgruppe VIII eine Reihe von schweren Mängeln bestehen. Man müsse alles tun um diese Mängel zu beseitigen, damit die Menschen das Gefühl haben, daß nach gerechten Grundsätzen vorgegangen wird.

GR. Hain (ÖVP) sagt, zu dem traurigsten Erbe des letzten Weltkrieges gehören neben den Toten, Invaliden, Witwen und Waisen die Obdachlosen. Wohnungssuchende sind verzweifelte Menschen. Man sollte sich daher innerhalb des Wohnungsamtes bemühen, daß der Kataster, der über die Wohnungssuchenden geführt wird, Leben gewinnt. Man könne leider bei der Art der Wohnungszuweisung durch das Wohnungsamt zu keinem anderen Entschluß gelangen, als daß mitunter jene Leute vermittelt werden, die sich gegenüber dem Wohnungsamt und vielleicht auch gegenüber den Funktionären am meisten bemerkbar machen.

Stadtrat Koci hat heute leider keinen erfreulichen Bericht gegeben. Wir sollten uns daher alle zusammen bemühen, ein neues Wohnbauförderungsgesetz zu schaffen, damit der Schaden, der durch den Krieg entstanden ist, endlich behoben werden kann.

Der Redner fragt dann den Referenten, wieso gerade die **Ziffer** der minderdringenden Fälle am meisten gesunken ist. Er beschäftigt sich ferner mit dem neuen Wohnungsanforderungsgesetz, das oft als eine Verschlechterung bezeichnet wird. Aber das Gesetz in seiner neuen Form sieht in besonderen zwingend vor, daß nur dringliche Fälle bei den freiwerdenden Wohnungen erledigt werden können. Wenn die Meinung ausgesprochen wird, daß dem Verkauf von Wohnungen Tür und Tor geöffnet sind, so wisse der Redner, daß es auch früher solche Fälle gegeben hat. Man wird dies kaum abstellen können, so bedauerlich es auch sein mag.

Über das Wohnungsamt selbst sagt GR. Hain, es herrsche im allgemeinen bei der Bevölkerung die Auffassung vor, daß man sich im Wohnungsamt wenig um die gesetzlichen Vorschriften kümmert, und daß ein Unterschied besteht zwischen den Pflichten, die das Gesetz dem privaten Hausherrn auferlegt und dem kommunalen Hausherrn. Eine Kontrolle wurde bisher abgelehnt. Er müsse daher dringend ersuchen, daß sich der Amtsführende Stadtrat für das Wohnungswesen endlich dazu entschließt, die Zuweisungstätigkeit des Wohnungsamtes einer Kontrolle zu unterstellen (Beifall bei der ÖVP).

Der Redner zitiert hierauf einige besonders krasse Fälle von Wohnungsnot und Überbelag. Auch dürften die Wohnungszuweisungen nicht nach parteipolitischen Grundsätzen vorgenommen werden. Bei den Einweisungen sollte bei bestimmten Berufsgruppen, wie bei Kellnern und anderen Nachtarbeitern, berücksichtigt werden, daß sie nicht in entgegengesetzter Richtung ihres Arbeitsplatzes untergebracht werden.

GR. Hain stellte mit Bedauern fest, daß der Gemeinderatsausschuß VIII im Jahr 1953 nur vier Sitzungen abgehalten hat. Es gab daher nur selten die Möglichkeit, sich auszusprechen. So müssen diese Dinge nun vor diesem Forum in der Öffentlichkeit vorgebracht werden. Er fordert die Einsetzung eines fach-

kundigen Beamten als Leiter des Wohnungsamtes, damit dieses endlich entpolitisiert würde. GR. Haim erklärt, daß es nicht angehe, daß Familien mit Kindern schon jahrelang in Herbergen wohnen müssen. Diese Fälle müßten in erster Linie erledigt werden. Es sei ihm auch unbegreiflich, daß die Zahl der beim Wohnungsamt vorgemerkten minderdringlichen Fälle gefallen ist, sich jedoch bei den dringlichsten Fällen eine Steigerung zeigt. Der Redner erklärt, wenn man sich schon nicht zu anderem entschließt, müßten doch zumindest dem Gemeinderatsausschuß Listen über die Einweisungen vorgelegt werden. Bei der Vergabe von Wohnungen müßten besonders die jungen Ehepaare berücksichtigt werden, damit sie eine Familie gründen können.

Der Redner verweist darauf, daß das Wohnungsamt Delogierungen ohne rechtskräftiges Gerichtsurteil vornahm. Da dies ungesetzlich war, müssen nun die Delogierungskosten aus Steuergeldern getragen werden.

Es gehe auch nicht an, daß in den städtischen Wohnhausbauten, also mit Steuermitteln, Parteisekretariate errichtet werden. Außerdem werden diese Sekretariate bei der Zinsberechnung bevorzugt. Man müsse es auch unterlassen, die städtischen Mieter zu nötigen, einer bestimmten Mietervereinigung beizutreten.

GR. Haim stellt dann einen Resolutionsantrag, der verlangt, daß bei Aufhebung einer provisorischen Benützungsbewilligung durch die Verwaltungsbehörden die Möbel an ihre früheren Eigentümer zurückgegeben werden sollen. Der Redner tritt auch für die Rückgabe der im Jahre 1945 durch die Gemeinde übernommenen Kleingärten ein. Die Wohnungsansuchen der Heimkehrer bittet er einer raschen Erledigung zuzuführen.

GR. Otto Weber (SPÖ) bezeichnet als unumstößliches Recht jedes Staatsbürgers in einem Kulturland den Anspruch auf Brot, Kleidung und Wohnung. In dem vorliegenden Dreimilliarden-Budget wird ein Drittel dazu verwendet, um in dieser Stadt großangelegte Investitionen durchzuführen und um vor allem der Bevölkerung neuen Wohnraum zu schaffen. 7.000 neue Wohnungen werden 7.000 Familien wieder glücklich machen.

In den Monaten Jänner bis November wurden 15.193 Wohnungen vergeben, davon wurden eingewiesen 506 Einsturzfälle, 1.484 Obdachlosenfälle, 4.156 Delogierungsfälle und 413 Tuberkulosefälle. Von den 15.193 Wohnungen wurden 13.222 an Lohn- und Gehaltsempfänger vergeben, davon waren 8.013 Arbeiter, 2.209 Angestellte und 3.000 öffentliche Bedienstete.

In der Debatte wurde davon gesprochen, daß die Bauweise in Wien "kollektivisiert" werde. Wir Sozialisten wollen an dem Privateigentum nicht rühren, aber wir wollen mit dem sozialen Wohnhausbau verhindern, daß die Wohnung ein Schacherobjekt wird, daß sie wieder eine Hausherrnrente abwirft und daß jene gute alte Luegerzeit zurückkehrt, wo Familien mit drei oder vier Kindern von der Gnade des Hausherrn abhängig waren, ob sie eine Wohnung bekommen oder nicht. Aber auch das Untermieter- und Bettgeherwesen von damals darf nicht mehr wiederkehren! (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Nachdem sich die Bevölkerung schon der leisen Hoffnung hingegeben hatte, daß der letzte Schritt der seit acht Jahren vorenthaltenen Befreiung Österreichs etwas in die Nähe gerückt sein könnte, kommt plötzlich wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Forderung der Besatzungsmacht nach neuem Wohnraum. In verschiedenen Bezirken Wiens forderte die russische Besatzungsmacht Wohnungen mit Küchenbenützung, das heißt, daß die Besatzungsmacht neuerlich ihre Angehörigen nach Wien zu bringen gedenkt.

Auch durch die Förderung des Siedlungswesens können einige hundert Wohnungen gebaut werden. Wir begrüßen dies, weil auch damit wieder ein Beitrag zur Linderung der ungeheuren Wohnungsnot geleistet wird. (Beifall bei SPÖ.) Im Vorjahr wurde begonnen, in den draußen an der Stadtgrenze liegenden Siedlungen gute Straßen zu bauen und die öffentliche Beleuchtung durchzuführen. Diese große Aktion wurde von vielen Siedlerfamilien dankbar aufgenommen. Als Sprecher dieser Siedler möchte er, erklärt der Redner, dem Finanzreferenten sowie dem Stadtrat für Bauresen für diese Aktion den Dank aussprechen. (Beifall bei SPÖ.)

Der Finanzreferent hat dieses Budget als ein Budget des Optimismus bezeichnet.

Die Verwaltungsgruppe für das Wohnungswesen mit dem gesamten Beamtenapparat wird sich bemühen, durch korrekte und saubere Arbeit, durch unparteiische und sachliche Behandlung der an sie herangetragenen Fälle mitzuhelfen, den aus dem Budget kommenden Optimismus in der Bevölkerung zu verwurzeln und so diese mit neuer Zuversicht für die Zukunft zu erfüllen. Die sozialistische Fraktion wird für die Ansätze dieser Gruppe stimmen. (Lebhafter Beifall bei SPÖ)

Stadtrat Koci beantwortet in seinem Schlußwort zunächst die Anfrage des GR. Schwaiger, ob die Verteilung der Flugzettel der SPÖ im Wahlkampf dadurch ermöglicht wurde, daß das Wohnungsamt das Adressenmaterial geliefert hätte und erklärt: Dem Redner wird hier ein Irrtum unterlaufen sein, denn das dürfte im Gemeinderat in Innsbruck gewesen sein. Für meine Verwaltungsgruppe kann ich sagen, daß ein solches Vorgehen unmöglich wäre.

Die Meinung, daß dann, wenn die Bewirtschaftung aufgehoben wird, die Preise der Vermittlungsbüros sich senken werden, beruht auf einem Trugschluß. Wir können die Wohnungsnot nicht von heute auf morgen beheben. Wir hoffen aber, daß es uns recht bald gelingen wird, Erst dann werden sich die Preise für Wohnungen senken, denn wenn die Nachfrage geringer wird, werden die Menschen weniger bieten.

Zu dem Fall Halama erklärt der Stadtrat: Der Oberamtsrat Halama, der ein Außenbeamter des Wohnungsamtes war, hat in keiner Form interveniert. Er hat einfach unter dem Vorwand, er könne Gemeindewohnungen beschaffen, sich Geld geborgt. Ich kann grundsätzlich treu meinem Gelöbnis sagen, daß ich auf Sauberkeit in meinem Amte sehe und rücksichtslos und ohne Ansehen von Rang und Namen jeden, der sich vergeht, den Behörden übergebe. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ)

GR. Hausner hat über die Novellierung des Wohnungsanforderungsgesetzes gesprochen. Der Referent könne für sich und seine Verwaltungsgruppe dazu nur sagen, daß die Novellierung eine Erleichterung gebracht hat.

Zu der Kritik am Benehmen der Beamten sagt der Stadtrat, daß er seine Leute immer zur Freundlichkeit ermahne. Man müßte freilich auch die andere Seite sehen und bedenken, was dazu führt, wenn ein Beamter nicht immer freundlich ist.

Daß viele Wohnungssuchende in die Parteisekretariate kommen, dies trifft wahrscheinlich auf alle Parteien zu. Auch von der ÖVP, sagte der Referent, habe ich Dinge in den Händen, die beweisen, daß genau das Gleiche geschieht. Es wird eben bei allen Parteien versucht, nur mit dem Unterschied, daß Funktionäre der ÖVP glauben, daraus politisches Kapital zu schlagen. Wir sind verpflichtet, den Menschen zu helfen, wenn sie in Not sind. Aber aus dieser Not politisches Kapital zu schlagen, ist zu verurteilen. (Beifall bei der SPÖ.)

Die ÖVP spricht so schön von Eigentumswohnbauten. Aber in einem der kürzlich eröffneten Eigentumswohnbauten ist nur ein Fall der Klasse I untergebracht.

Der Referent wendet sich auch gegen die auf Eigentumsbauten angebrachten Inschriften und fragt, was würde die ÖVP sagen, wenn auf einem Gemeindebau stehen würde "auf Initiative der SPÖ wurde dieses Wohnhaus errichtet", obwohl es wahr ist, denn die Sozialisten haben diesen Wohnhausbau eingeführt. (Beifall bei der SPÖ.) Ich freue mich über jede Wohnung, die gebaut wird, aber in erster Linie sollte man sehen, daß die Wohnungslosen, für die dieser Fonds geschaffen wurde, für den alle Menschen in diesem Staat Steuern bezahlen, daß vor allem diese Menschen untergebracht werden. Diese aber bleiben eben für mich zu versorgen, und deshalb sinkt die Zahl dieser Fälle nur so gering.

Auch die Presse ohne Unterschied trägt viel dazu bei, daß die Bevölkerung zu einer schlechten Meinung über das Wohnungsamt kommen muß. Alle Mandatäre hätten jedoch die Verpflichtung, sich zu bemühen, auf die eigene Presse einzuwirken, daß sie sich wirklich nur von sachlichen Gesichtspunkten leiten läßt.

GR. Haim hat gesagt, man solle sich um die Heimkehrer bemühen, die mit dem letzten Transport gekommen sind. Der Referent gab die Versicherung ab, daß jedem Heimkehrer sofort geholfen wird bei dem die Notlage tatsächlich gegeben ist. (Beifall.)

Zu der Kontrolle über das Wohnungsamt bemerkt der Referent, er könne verstehen, daß man versucht, auf diese Weise das Wohnungsamt im allgemeinen zu verunglimpfen, denn es gehört zu der Verwaltungsgruppe eines Sozialisten. Nachdem man ihm aber nichts vorwerfen könne, wurde eben versucht, Mißtrauen in die Bevölkerung zu bringen. Ich verpflichte mich, nur das zu tun, was notwendig und gerecht ist, um meine Verwaltungsgruppe weiter zu führen.

Abschließend ersuchte der Referent, den Ansätzen seiner Geschäftsgruppe die Zustimmung zu geben und ihn in Zukunft einer etwas objektiveren Kritik zu unterziehen. (Beifall bei SPÖ)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des VIII. Hauptstückes gegen die Stimmen des Linksblockes und der WdU angenommen. Der Antrag der ÖVP wird gegen die Stimmen der ÖVP und der WdU abgelehnt.

(Unterbrechung des Berichtes über die Budgetverhandlungen.)

#### 60. Geburtstag von Charlotte Bühler

18. Dezember (RK) Am 20. Dezember vollendet Prof. Dr. Charlotte Bühler, die lange Zeit in Wien gewirkt hat, ihr 60. Lebensjahr.

In Berlin geboren, habilitierte sie sich an der Technischen Hochschule in Dresden und wurde 1922 Privatdozentin für Ästhetik und Jugendpsychologie an der Wiener Universität. In der Folge betätigte sie sich auch als Psychologin der städtischen Kinderübernahmestelle und hielt auch zahlreiche Gastvorlesungen im Ausland.

1938 von ihrer Professur entfernt, lebt sie seit 1940 ständig in Amerika, wo sie gegenwärtig mit ihrem Gatten, dem ehemaligen Ordinarius für Psychologie der Wiener Universität, Prof. Dr. Karl Bühler, in Kalifornien ein Institut für Erziehungsberatung führt. Charlotte Bühler hat in umfassenden Studien und durch ihre praktische Untersuchungsarbeit vor allem das Kindes- und Jugendalter gründlich erforscht und ist



durch die von ihr entwickelte experimentelle Methode, die reiche Ergebnisse zeitigte, bekannt geworden. Während ihrer akademischen Wirksamkeit in Wien gelang es ihr, viele Mitarbeiter heranzubilden und eine eigene Richtung der Kinder- und Jugendpsychologie zu begründen, die internationale Anerkennung fand.

#### Tiberwasser für Wien

=====

18. Dezember (RK) Fünfundzwanzig Schülerinnen und Schüler des römischen Liceo Torricelli, die gestern mit ihren Professoren zu einem kurzen Ferienaufenthalt nach Wien gekommen sind, wurden heute vormittag im Wiener Rathaus empfangen. Vizebürgermeister Weinberger übermittelte den jungen Gästen in Anwesenheit von Stadtrat Mandl und Magistratsdirektor Dr. Kinzl die Grüße der Wiener Stadtverwaltung und des Bürgermeisters. Er verwies auf die alten kulturellen Bande, die Wien mit Rom verbinden. Die italienische Jugend wird nun in den Tagen ihres Besuches in Wien Gelegenheit haben, manche Sehenswürdigkeiten unserer Stadt kennenzulernen. Sie wird aber auch manche Einrichtungen sehen, die in gemeinsamer Arbeit nach 1945 wieder aufgebaut oder neugeschaffen wurden. Vizebürgermeister Weinberger wünschte den Studenten einen angenehmen Aufenthalt und bat sie, nach ihrer Heimkehr Rom und seinen Bürgermeister die Grüße Wiens zu übermitteln.

Als Gruß Roms an Wien überreichte Prof. Dino Satolli, der Direktor des berühmten Lyzeums, eine Amphora mit Tiberwasser und Erde aus den frühchristlichen Katakomben der ewigen Stadt. Dem Empfang im Wiener Rathaus wohnten auch der italienische Presseattaché Cabalzar sowie mehrere italienische Journalisten bei.

Eine "Steinerne Hochzeit"  
=====

18. Dezember (RK) Nach den Aufzeichnungen, die der Wiener Rathausverwaltung zur Verfügung stehen, war es bisher keinem Wiener Ehepaare vergönnt auf 67½ Ehejahre zurückblicken zu können. Die Zahl der Wiener Ehepaare, die 50, 60 und 65 Jahre gemeinsam verbracht haben, also die "Goldene", die "Diamantene" und die "Eiserne" feiern konnten steigt von Jahr zu Jahr. Nun ist der ganz vereinzelt Fall eingetreten, daß ein Ehepaar auch die "Steinerne" begehen kann. Franz und Karoline Fux aus Ottakring teilen durch 67½ Jahre Freud und Leid. Frau Fux, eine geborene Wienerin, ist seit 1886 mit dem in Horazdovice (Böhmen) geborenen Kaufmann Franz Fux verheiratet. Der Jubilar steht im 98. Lebensjahr, seine Gattin ist 87 Jahre alt. Franz Fux kam mit 14 Jahren nach Wien, erlernte hier das Kaufmannsgewerbe und arbeitete als Selbstständiger bis ins hohe Alter. Das Ehepaar erfreut sich einer bewunderungswürdigen geistigen und körperlichen Rüstigkeit. Der Ehe entsprossen drei Kinder, die alle am Leben sind. Außerdem erfreuen sich die alten Leute an drei Enkelkindern und vier Urenkeln.

Vizebürgermeister Honay, der im Jahre 1951 dem Jubelpaar anlässlich der Eisernen Hochzeit die Ehrengaben der Gemeinde überbrachte, wird morgen Samstag die "Steinernen" Hochzeiter in ihrer Wohnung besuchen, die Glückwünsche der Stadtverwaltung und das künstlerisch ausgeführte Diplom sowie eine Geldspende überbringen.

Wirtschaftsangelegenheiten

=====

Die Verhandlungen über das Budget der Gemeinde Wien für 1954 wurden heute mit einem Bericht des Amtsführenden Stadtrates Bauer (ÖVP) eingeleitet. Wie er ausführte, ist es ein wesentliches Merkmal konsolidierter Wirtschaft, daß gegenwärtig das Beschaffungsamt voll und ganz seinen Aufgaben nachkommen kann. Lieferschwierigkeiten treten fast nirgends mehr auf, ja es bemüht sich jederman, wieder mit der Gemeinde ins Geschäft zu kommen. Dadurch können auch die Lagerbestände, besonders die der Textilien, auf ein geringeres Maß zurückgeschraubt werden.

Die Verwaltungsgruppe weist wohl auf der Einnahmeseite einen Rückgang von 1.3 Prozent auf, aber auch die Ausgaben-seite weist mit 6.3 Prozent auf eine rückläufige Entwicklung hin. Das Beschaffungsamt besorgt den Einkauf und die Verteilung der Sacherfordernisse für die städtischen Dienststellen und Schulen. Derzeit sind zirka 3.815 Verbrauchsstellen zu beliefern.

Für die Anstalten mußten von Jänner bis Ende Oktober 1953 4.200 Lebensmittelkäufe besorgt werden. Diese Lebensmittel ergaben zusammen einen Betrag von rund 16,8 Millionen Schilling. Das zeigt, welch bedeutender Faktor die Stadt Wien auf dem Markt geworden ist. Für Textilien und Lederwaren mußten 13,2 Millionen Schilling aufgewendet werden. Der Papierverbrauch ist durch den reduzierten Schulbedarf, Auflassung der Lebensmittelbewirtschaftungsämter und Herabsetzung der Lagervorräte bedeutend gesunken und betrug 1953 nur mehr zirka 400 Tonnen gegenüber 600 Tonnen im Vorjahr. Die Brennstoffanforderungen wurden im Jahre 1953 restlos und anstandslos befriedigt. Gelegentliche Schwankungen in der Anlieferung konnten durch entsprechende Vorratswirtschaft beseitigt werden. Der ständig steigende Verbrauch von Inlandsbrennstoffen verdrängt immer mehr die Importbrennstoffe. Vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1953 wurden an die städtischen Verbrauchsstellen insgesamt 85.210 Tonnen Brennstoff abgegeben. Für die Neuanschaffung von Einrichtungsgegenständen wurden bisher rund 4 Millionen Schilling verausgabt. Hievon entfallen auf das

Wilhelminenspital (Schwesternhaus und Pflegerinnenschule) 1,15 Millionen, auf das Franz Josefs-Spital 500.000 S und auf das Krankenhaus Leinz 220.000 S.

Mit den Anschaffungen an Klasseneinrichtungsgegenständen im Jahre 1953 wurde die gesamte Erneuerung für den Normalbedarf erreicht. 1953 wurden u.a. beschafft: Einrichtungsgegenstände für rund 785 Klassenzimmer, 15 Schulkücheneinrichtungen, Physiksäle usw. im Gesamtbetrag von 7,3 Millionen. Im Schuljahr 1953/54 werden zirka 460 Pflichtschulen von insgesamt 147.467 Schülern besucht. Im Schuljahr 1954/55 ist mit ungefähr der gleichen Schülerzahl sowohl in den Volks- als auch in den Hauptschulen zu rechnen. Für Zwecke der Volks-, Haupt-, Hilfs- und Sonderschulen stehen 430 der Stadt Wien gehörende Schulgebäude einschließlich 89 Schulgebäuden in den Randgemeinden in Verwaltung der Magistratsabteilung 56. Von diesen Gebäuden dienen 399 dem Unterricht. Im Jahre 1953 wurden durch Instandsetzungen, Neubauten usw. 131 Klassen und 10 Turnsäle neu gewonnen. Für das Jahr 1954 ist beabsichtigt, 5 Gebäude mit 79 Klassen nach Kriegsschadenbhebung der Benutzung zuzuführen. Geplant sind ferner drei Neu- bzw. Zubauten, und zwar in Wien 2, Czerninplatz, 21, Kagran, Afritschgasse und 22, Ebling. Im Jahre 1954 werden voraussichtlich 139 Klassen sowie 8 Turnsäle neugewonnen werden. (Beifall bei ÖVP und SPÖ)

Der Studienbetrieb im Pädagogischen Institut hat im Allgemeinen den Umfang des Vorjahres gehalten, wenn auch Tendenzen zu einem leichten Absinken verzeichnet werden können. Es ist zu überlegen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, das Pädagogische Institut in einem einzigen Haus zu zentralisieren.

Am 1. November 1953 hatte die Gemeinde 33 Berufsschulen mit 822 Klassen und 27.953 Schülern zu betreuen; am 1. November 1952 waren es 699 Klassen mit 23.136 Schülern. Die Zahl der Berufsschüler hat sich also gegenüber dem Vorjahr um rund 20 Prozent erhöht. Trotzdem konnte auch diese große Schülerzahl in dem vorhandenen Schulraum ohne nennenswerte Schwierigkeiten untergebracht werden. Für den theoretischen und praktischen Unterricht sind im Jahre 1954 um 100.000 Schilling

mehr, insgesamt 1,3 Millionen vorgesehen.

Weiter betreut die Gemeinde 4 Lehranstalten für Frauenberufe, mit insgesamt 26 Klassen und 612 Schülerinnen, das sind um rund 23 Prozent mehr Schülerinnen als im Vorjahr.

Der Magistrat führt 3 Handelsakademien mit 1.913 Schülern und 6 Handelsschulen mit 1.266 Schülern. Die Rückstellung der 3 Handelsakademiegebäude an die Handelskammer konnte auch im laufenden Jahr nicht abgeschlossen werden.

Der städtische Grundbesitz umfaßte am 31. Dezember 1952 in Wien 2,459.397,78 ar, außerhalb Wiens 2,118.811,76 ar. Der vorhandene Grundbesitz ermöglicht es der Gemeinde, das soziale Wohnbauprogramm auch in Hinkunft fortzuführen. Im Jahre 1952 wurden zur Verbauung 350.000 Quadratmeter herangezogen. Der vorhandene Baugrund von 4,482.331 Quadratmetern dürfte für etwa 10 Jahre reichen.

Mit ungefähr 12.000 Pächtern bestehen Pacht- oder Bestandsverträge. Das Liegenschaftsamt verwaltet ferner 66 Konzessionen, hievon 50 Gastwirtschaftskonzessionen. Zu den infolge Beschädigung der Objekte durch Kriegsschäden nicht ausgeübten Konzessionen gehören die ehemaligen Betriebe im Türkenschanzpark und das Schloßhotel Cobenzl. Hinsichtlich Wiederinbetriebnahme des Schloßhotels Cobenzl sind derzeit Verhandlungen im Gange. Eine wichtige Frage für eine großzügige Planung Wiens ist die dauernde und ausreichende Bereitstellung von Grundflächen. In vielen Fällen werden von den Grundbesitzern die Abschlüsse von Grundtauschverträgen dem Verkauf gegen Geld vorgezogen. Es sind auch eine ganze Reihe von Tauschfällen zwischen Bund und Gemeinde vor dem Abschluß.

In nächster Zeit soll die Praterbetriebsgesellschaft liquidiert werden. Die verbleibenden Agenden übernimmt gleichfalls die Magistratsabteilung 57.

Die Magistratsabteilung 58 hat im Laufe des Jahres die dringendsten Reparaturen an den gemeindeeigenen Stierhaltungen vorgenommen. Sie gewährte auch Ankaufsbeihilfen für Zuchtstiere. Die Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat vom 1. Jänner bis 31. August 1953 2.289 Betriebskontrollen durchgeführt. Es wurden hierbei 1.562 Beanstandungen vorgenommen. Eine Verordnung über die Vorschriften zum Schutze des Lebens

und der Gesundheit der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft ist derzeit in Behandlung. Es muß festgestellt werden, daß auch die Großstadtbauern unter schwierigen Verhältnissen ihre Pflicht erfüllen und daher auch gefördert werden sollten.

Der Gumpoldskirchner Wein- und Obstbauschule stehen durch einen Grundankauf und eine langfristige Pachtung nunmehr 6.4859 ha Weingärten zur Verfügung. Das Jahr 1953 war für den Weinbau nicht sehr günstig, da der Austrieb spät erfolgte und es auch Spätfröste gab. Die Qualität des Weines ist jedoch sehr gut.

Sehr umfangreich ist die Tätigkeit des Marktamtes. Durch die Auflösung des Landesernährungsamtes wurde es auch mit den verbleibenden Agenden dieser Abteilung betraut. Insgesamt werden vom Marktamt 42 Marktobjekte betreut. Der Markt auf dem Phorusplatz wurde auf Kosten der Stadt Wien in massiver Bauweise errichtet. Auf dem Zentralviehmarkt in St. Marx war die Beschickung von Vieh im Jahre 1953 sehr gut, unbefriedigend war jedoch die Beschickung des Jung- und Stechviehmarktes und des Weidnermarktes. In der Großmarkthalle, Abteilung für Fleisch und Fleischwaren, wurde vom zuständigen Arbeitsinspektorat der Ausbau der Garderoben der Arbeitnehmer gefordert. Um den hierzu erforderlichen Raum zu schaffen, wurde vorgeschlagen, auf die neue polnische Halle einen Stock aufzubauen. Dort könnten neben den entsprechenden Garderoberräumen eine Anzahl von Büroräumen für Gewerbetreibende der Halle geschaffen werden. Zur Finanzierung dieses Aufbaues müßten die an dem Bau der Büroräume interessierten Unternehmer Baukostenbeiträge leisten. Durch die Verbauung des großen Platzes zwischen Hütteldorfer Straße und Meiselmarkt im 15. Bezirk müßten das Marktaufichtsgebäude und die Brückenwaage des Meiselmarktes abgetragen werden. Als Ersatz hierfür werden in der neuerrichteten städtischen Wohnhausanlage Räume für die Marktauficht und für eine neue Brückenwaage geschaffen. Durch die geplante Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage im 7. Bezirk, Burggasse und Neustiftgasse, muß die in der Burggasse bestehende Detailmarkthalle verkleinert werden, sie wird jedoch in den Neubau eingegliedert.

Instandsetzungsarbeiten und auch größere Ausgestaltungen wurden an vielen Marktanlagen vorgenommen, so zum Beispiel an der Rinderverkaufshalle, an der Fettschweineverkaufshalle und an den Schweine- und Rinderstallgebäuden. Es wurden auch Garderoben für Marktaufseher usw. geschaffen.

Auch die Marktbeobachtung und die Lebensmittelkontrolle unterliegt dem Marktamt. Es wurde auch die Überprüfung der eingeführten Lebensmittel eingerichtet, um dadurch die Hereinbringung nur wirklich einwandfreier Lebensmittel zu sichern. Auf Grund der durch die fortlaufende Marktbeobachtung und der bei der Einfuhrkontrolle gewonnenen Kenntnis der jeweiligen Angebotslage können vom Marktamt in engster Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres und dem für Land- und Forstwirtschaft die notwendigen Maßnahmen zur Behebung von Versorgungsschwierigkeiten und damit zusammenhängenden preislichen Auswirkungen herbeigeführt werden. Bei importierten Lebensmitteln wurde eine Überprüfung der Preisstellung beim Import und Großhandel, im beschränkten Maße auch bei den Kleinhändlern, durchgeführt. Die Zahl der Beanstandungen war verhältnismäßig gering. Vom Jänner bis Oktober wurden 1.288 Anzeigen erstattet. Die Lebensmittelpolizei hat in den Monaten Jänner bis Oktober über 32.000 Proben abgenommen und untersucht. Bei der Qualitätskontrolle bei Lebensmitteln, die sich auf Brot, Würste und Selchwaren, Butter und Käse erstreckt, wurden insgesamt rund 4.500 Begutachtungen durchgeführt.

Die warenkundliche Ausstellung in den Räumen der Marktamtsdirektion, die während der Amtsstunden offen ist, wurde sehr stark besucht, besonders von Schulen. Auch von der damit in Verbindung stehenden Pilzberatungsstelle wurde stark Gebrauch gemacht.

Die gewerbepolizeiliche Überwachung von Betrieben wurde auch in diesem Jahr in verstärktem Ausmaß durchgeführt. Das Marktamt erstattete ferner laufend Bericht über Lokaleignung, Lokalbedarf bei konzessionierten Gewerbe usw., ferner obliegt ihm die Prüfung der Meßgeräte, Waagen und Gewichte. Die Zahl der Straßenstände im Wiener Stadtgebiet ist mit 500 festgelegt. Neue Stände können daher nur bei einem Abfall bewilligt werden. Auch der Einhaltung der Naturschutzbestimmungen beim Sammeln und im Handel mit geschützten Pflanzen hat das Marktamt sein besonderes Augenmerk zugewendet.

Die Hauptaufgabe des Veterinäraramtes ist vor allen Dingen, darüber zu wachen, daß die Bevölkerung mit einwandfreiem Fleisch versorgt wird. Die Kriegsbeschädigungen an den städtischen Schlachthofanlagen waren sehr groß. Die Kriegsschädenbehebung wurde für St. Marx mit 4,9 Millionen Schilling geschätzt; tatsächlich wurden bisher 25,3 Millionen aufgewendet. Damit kann im Jahre 1954 die Behebung der Kriegsschäden im Schweineschlachthof abgeschlossen werden, während für Rinderschlachthof und Kontumazanlage im Jahre 1955 noch rund 1,5 Millionen zur endgültigen Fertigstellung benötigt werden. Die Gesamtkosten für die Kriegsschädenbehebung in den Schlachthöfen wird also rund 27 Millionen Schilling betragen. Wie wichtig der Wiederaufbau der zentralen städtischen Schlachthöfe war zeigen einige Vergleichsziffern der Schlachtungen. So wurden im Jahre 1937 411.297, im Jahre 1946 12.221 und 1952 bereits wieder 372.263 Schlachtungen vorgenommen.

Stadtrat Bauer stellt abschließend fest, daß die Verwaltungsgruppe IX eine sehr umfangreiche Tätigkeit auszuüben hat. Wenn auch noch nicht alle Vorhaben erfüllt werden konnten und auch im Jahre 1954 noch so manche Wünsche zurückgestellt werden mußten, kann doch festgestellt werden, daß im Jahre 1953 ein mächtiger Schritt vorwärts getan wurde. Er möchte auch allen Mitgliedern dieses Gemeinderatsausschusses, aber auch allen Beamten, Angestellten und Arbeitern herzlichst für ihren hingebungsvollen Dienst danken. (Allgemeiner Beifall.) Auch mit den vorgesehenen Ansätzen für 1954 werde man sicher einen Schritt weiterkommen. Der Referent ersucht daher um Annahme der festgelegten Ansätze. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dr. Soswinski (LBl.) spricht zunächst zur Schulfrage. Er erwähnt, daß der ÖVP-Redner in der Generaldebatte gesagt habe, es werde in einigen Jahren zuviel Schulklassen geben. Dr. Soswinski hält dem entgegen, man dürfe das 9. Schuljahr nicht nur dazu benützen, um die heranwachsende Jugend ein Jahr länger vom Arbeitsplatz fernzuhalten. Der Linksblock sei der Meinung, daß man sehr wohl über ein neuntes und sogar zehntes Schuljahr sprechen kann und muß, doch sollten diese beiden zusätzlichen Jahre dazu dienen, Kenntnisse zu vermitteln, die für den späteren Beruf von Bedeutung sind.



Es mangelt auch nicht an Lehrern; was vielmehr entscheidend fehlt, ist der Lehrplan. Wenn man sich also ernstlich mit einem neunten und zehnten Schuljahr beschäftigt, dann kann von einem Zuviel an Klassenzimmern überhaupt keine Rede sein. Man kann vor allem nicht schon jetzt damit beginnen, Lehrer abzubauen.

Der Redner bezeichnet auch viele Schulen in Wien als veraltet. Er kritisiert, daß Favoriten bis heute keine Mittelschule hat und daß in einer Reihe von Mittelschulen die Klassenzimmer auf Kosten des Elternvereines ausgeputzt wurden. Er gibt ferner die Anregung, um die heranwachsende Jugend zur Achtung vor dem Buch zu erziehen, daß das erste Buch, das den Kindern in der Schule gegeben wird, nicht gebraucht, sondern immer neu sein soll. Der Redner meint auch, daß man wirklich alle Bedürfnisse des Schulunterrichts befriedigen soll, weil die verschiedenen kleinen Nebenausgaben zwar die Gemeinde Wien nicht wesentlich, wohl aber das Taschengeld der Schüler belasten.

GR. Dr. Soswinski wendet sich sodann der Bodenpolitik und den Grundkäufen der Gemeinde zu und verlangt, daß eine aktivere Bodenpolitik betrieben werden müsse. Die Bodenspekulation nimmt in Wien in den letzten Jahren immer mehr überhand. Es wäre zum Beispiel beim Franz Josefs-Kai schon vor Jahren möglich gewesen, vorausschauend zu enteignen, das heißt, die Grundbesitzer zu einem tragbaren Preis zu zwingen. Bei Stadtrat Bauer wohnen freilich in solchen Angelegenheiten zwei Seelen in der Brust. Auch der Verein der Freunde des Wohnungseigentums ist eine der entscheidenden Faktoren dafür, daß die Grundpreise in Wien steigen. GR. Dr. Soswinski meint, es wäre zu überlegen, ob man nicht die Magistratsabteilung für den Grundstückverkehr in die Obhut des Stadtrates für das Bauwesen übergeben sollte.

Ferner nimmt der Redner zu einer Reihe allgemeiner wirtschaftlicher Fragen Stellung. Stadtrat Bauer hat in eindrucksvollen Zahlen darauf hingewiesen, welche Warenmengen die Gemeinde Wien kauft und dadurch den Markt beeinflusst. Diese Waren konsumiert jedoch die Gemeinde selbst. Der Redner verlangt eine entsprechende Einflußnahme auf die Wirtschaft, um

die Versorgung der Bevölkerung mit billigen Waren sicherzustellen. Er führt einige Beispiele für verfehlte Importe und Exporte an und erwähnt u.a., daß der erhöhte Zoll für Gänse erst Ende November herabgesetzt wurde, zu einem Zeitpunkt, in dem es zu spät war, das obligate "Weihnachtsgansl" billig nach Wien zu bringen. Diese Dinge spielen sich bei jeder saisonbedingten Einfuhr in Österreich ab. In Wien jedoch wird keine Initiative entwickelt, um die Stadt mit billigen Lebensmitteln zu versorgen.

Abschließend spricht GR. Dr. Soswinski über die Notwendigkeit des Osthandels. Er weist darauf hin, daß sogar Westdeutschland sich nicht mehr darum kümmert, ob der Osthandel den Amerikanern paßt oder nicht. Man sollte sich auch in Wien mehr mit dieser Frage beschäftigen. Es geht darum, daß in diesen Monaten ein Weltmarkt von 800 Millionen Menschen zur Diskussion steht, für den das Ausland großes Interesse aufbringt. Wien dürfe da nicht zurückstehen!

GR. Dr. Ing. Hengl stellt mit Befriedigung fest, daß sich bei der Beschaffung der vielfältigen, für die Dienststellen der Gemeinde Wien notwendigen Waren, heute keine Kalamitäten mehr ergeben. Er bittet, auch bei großen Aufträgen die kleinen Firmen mehr als bisher heranzuziehen.

Den Bemühungen des Stadtrates Bauer, fährt er fort, ist es zuzuschreiben, daß der Wechselunterricht wesentlich eingeschränkt werden konnte. Betrug der Wechselunterricht im Jahre 1945/46 50 Prozent, so war er im Oktober 1951 auf 17.9 Prozent 1952 auf 8.5 Prozent gesunken und beträgt nunmehr nur noch 6.2 Prozent. Mit Bedauern muß festgestellt werden, daß noch immer eine Schule von den Alliierten besetzt ist.

Es ist auch bedauerlich, daß eine so große Gebietskörperschaft, die gleichzeitig den Charakter eines Landes hat, kein eigenes Schulreferat besitzt. Die ÖVP-Fraktion erhebt neuerlich die Forderung auf Gewährung eines dritten Stadtschulratspräsidenten. (Beifall bei der Volkspartei.) Diese Stelle gebührt der ÖVP, und auch in jenen Ländern, die von ihren Gesinnungsfreunden verwaltet werden, wird diese Stelle der Minderheitspartei zugebilligt. Weiter muß gefordert werden, daß die privaten Schulen den öffentlichen Schulen gleichgestellt werden.

Es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen über die neue Schulgesetzgebung in allernächster Zeit mit gutem Erfolg abgeschlossen werden.

Leider ist ein neuerlicher Rückgang der Schüler festzustellen. Es verdient Anerkennung, daß sich die Wiener Lehrerschaft bemüht, den Anforderungen des modernen Unterrichts in jeder Weise gerecht zu werden. Dies zeigt auch der starke Besuch des pädagogischen Institutes. Der braven Lehrerschaft ist für die großen Bemühungen um die geistige, körperliche und seelische Ertüchtigung unserer heranwachsenden Jugend der beste Dank auszusprechen. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Die Volkspartei lehnt Enteignungen nicht grundsätzlich ab, sie sollen aber nur dann angewendet werden, wenn tatsächlich das öffentliche Interesse das Eigeninteresse überwiegt. Es soll nicht vorkommen, daß trotz vorhandener Bauwilligkeit des Privaten die Enteignung durch ein mathematisches Kunststück ermöglicht wird.

Besonders ist der neue Weg des Stadtrates Bauer zu begrüßen, die Investitionen und Neuanschaffungskosten der vielfach schwer geschädigten, von der Gemeinde verpachteten Gastbetriebe durch zeitweise Herabsetzung des Pachtzinses auszugleichen. In diesem Zusammenhang wäre es vorteilhaft, wenn der Finanzreferent ein allgemeines Investitionsbegünstigungsgesetz einbringen würde, wie es von der ÖVP schon öfters verlangt wurde, durch das dem Gastgewerbe Nachlässe bei der Lohnsummensteuer und Getränkesteuer gewährt werden, um so die Vollbeschäftigung zu sichern und die Betriebe konkurrenzfähig zu machen.

Der Redner spricht sich dafür aus, bei einer geringfügigen Abgabenschuldigkeit von der Einhebung des Säumniszuschlages abzusehen, spricht die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen wegen Inbetriebnahme des Schloßhotels Cobenzl günstig verlaufen werden, und verweist auf die Leistungen aber auch die Sorgen der Landwirtschaft. Besonders bei Gemüse waren zeitweise schwere Absatzstockungen, wodurch die Gärtner die Früchte ihrer schweren Arbeit nur mit Verlust absetzen konnten. Er richtet an die Bevölkerung, vor allem an die Hausfrauen den dringenden Appell, bei Aufstellung ihres Küchenszettels mehr die einheimischen Produkte zu bevorzugen und

nicht immer teures ausländisches Obst und Gemüse kurz vor der heimischen Ernte zu kaufen.

In diesem Zusammenhang stellt Dr. Hengl zwei Anträge. In dem einen wird darauf verwiesen, daß auf Grund der Kanalisierung in Erlaa eine derartige Senkung des Wasserspiegels eingetreten ist, daß die dortigen Gartenbaubetriebe an eine neu zu erbauende Wasserleitung angeschlossen werden müssen. Der Antrag fordert, daß von diesen Gartenbaubetrieben hierfür keine Beiträge eingehoben werden. Nach dem zweiten Antrag soll der Magistrat beauftragt werden, die Wasserversorgung des Gebietes von Breitenlee einschließlich der Siedlung zu prüfen und dem Gemeinderat das Projekt der Verlängerung der Wasserleitung vorzulegen.

Schließlich regt der Redner an, die Entschädigungen für Hochwasserschäden in Ober-Laa und im 25. Bezirk in gleicher Weise wie in den anderen Bezirken vorzunehmen, und spricht den Wunsch aus, an Stelle des Naschmarktes einen neuen Obst- und Gemüse-Großmarkt für Wien zu schaffen, wofür Simmering und Kagran am besten geeignet wären.

Dr. Hengl appelliert an die Bevölkerung, nicht wegen eines scheinbar billigen Preises in den USIA-Läden zu kaufen und insbesondere den Weihnachtswein in Fachgeschäften zu besorgen.

Abschließend dankt der Redner allen in dieser Gruppe tätigen Beamten, Angestellten und Arbeitern, an ihrer Spitze dem Amtsführenden Stadtrat und gibt namens der Volkspartei die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Gruppe. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) stellt fest, daß sich vielleicht die Frage erheben könnte, wozu die Gemeinde noch 30 Millionen Schilling für Grundankäufe ausgibt, wenn bereits für 50.000 Wohnungen Baugrund vorhanden ist, der für ungefähr zehn Jahre reicht. Stadtrat Bauer habe jedoch bereits darauf hingewiesen, daß die Gemeinde auch für die übrigen großen Stadtplanungsaufgaben Grund benötigt, wie für die Anlage von Grünflächen, die Möglichkeit der Verlegung der Industrien usw. Die vorsorgende Grundbeschaffung sei daher sehr zu begrüßen und er danke Stadtrat Resch, daß dieser hierfür wieder einen so hohen Betrag ins Budget eingestellt hat. Die Fehlentwicklung einer Stadt kann in Wirklichkeit ja auch nur

dadurch verhindert werden, daß sie sich beizeiten den nötigen Grund sichert. Wenn u.a. von den Gründen am Kai gesprochen wurde, so ist dies ein Beispiel dafür, wie die Stadt Wien durch ihre Grundpolitik eine planungswidrige Verbauung dieses Gebietes unter schweren finanziellen Opfern verhindert hat. Der Redner verweist auch darauf, daß in dem Augenblick, in dem die Gemeinde an einem Grundstück Interesse zeigt, der Preis hierfür in die Höhe schießt. Wenn davon gesprochen wurde, die Bezeichnung "Enteignung" sei keine glückliche, könne er sich dieser Ansicht nur anschließen, denn es handle sich ja in Wirklichkeit um keine Enteignung, sondern nur um einen zwangsweisen Verkauf unter bestimmten Voraussetzungen.

Bei dem Ausbau der Schlachthöfe und des Viehmarktes hätte man vielleicht besser überlegen und planen sollen. Die Bereitstellung von 6,5 Millionen zur Fertigstellung der Anlagen sei zu begrüßen.

Zur Preisgestaltung lebenswichtiger Güter müsse er den Stadtrat ersuchen, dafür zu sorgen, daß sich derartige Dinge, wie bei den Äpfelpreisen, nicht mehr wiederholen. Er verweist dabei auf die hohen Preise der Inland-Äpfel, während man erst jetzt darangehe einen allerdings auch nicht ausreichenden Posten billiger Ausland-Äpfel einführen zu lassen.

Zu der Meinung von GR. Dr. Hengl, daß es Zeit wäre, eine geeignete Körperschaft zu schaffen, die sich mit den Schulfragen auf gesetzlicher Grundlage beschäftigt, ist zu sagen, daß die Wiedererrichtung des Stadtschulrates als Körperschaft im Zuge der Schulgesetze geregelt werden wird müssen. Es ist jedoch kein Geheimnis, daß die Wiedererrichtung der kollegialen Schulbehörden an Meinungsverschiedenheiten verschiedener Art bisher gescheitert ist.

Ein Problem ist auch das weitere Schicksal der Lehrer hinsichtlich ihrer Besoldung und des Dienstrechtes. Als über das Lehrerkompetenzgesetz verhandelt wurde, wurde von verschiedenen Rednern darauf aufmerksam gemacht, daß in dem Bundesverfassungsgesetz vom 21. April 1948 hinsichtlich der Besoldung des Dienstrechtes der Lehrer durch den Bund zwar sehr präzise Bestimmungen enthalten sind, die aber die Möglichkeit offen lassen, daß sie durch andere Gesetze, z.B. durch das Bundesfinanzgesetz, abgeändert werden. GR. Dr. Stemmer erklärt, daß er es verstehen könne, daß der Finanzminister jede Gelegenheit von Verhandlungen benützt, um die Lehrerbesoldung auf die Länder abzuwälzen.

So hatte der Finanzminister gehofft, daß er bei Stadtrat Resch, bedingt durch die sinkenden Geburten- und Schülerzahlen, auf besonderes Verständnis stoßen werde und dieser die Lehrerlasten übernimmt. GR. Dr. Stemmer stellt mit Befriedigung fest, daß Stadtrat Resch sich jedoch auf den Standpunkt stellte, daß eine so enorm wichtige Frage, wie die, ob die Lehrer bundes- oder landesbesoldete Angestellte sind, nicht über die Köpfe jener, welche die Konsequenzen zu tragen haben, entschieden werden kann. Die Lehrerschaft verlangt ein bundeseinheitliches Dienstrecht und eine bundeseinheitliche Besoldung. Die Wiener Lehrer gingen dieser Forderung seit je voran, obwohl sie heute, wie vor 1934, das beste Dienstrecht haben und vor 1934 auch die beste Besoldung hatten. Eine bundeseinheitliche Regelung könne nur den anderen Bundesländern zugute kommen.

Es wurde viel über die Auswirkungen des Geburtenrückganges gesprochen. GR. Dr. Stemmer erklärt, er sehe diesen im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung des Schulwesens und vor allem hinsichtlich der Auswirkungen auf den Personalstand der Lehrer und auf die weiteren Schulbauten. Wir haben im heurigen Jahr rund 148.000 Schüler und 6.036 pragmatisierte Lehrer. Wir werden im Jahre 1958/59, soweit kann man das mit Sicherheit voraussagen, rund 100.000 Schüler haben und somit nur mehr 4.200 Lehrer benötigen. Dabei beträgt in Wien die Schülerzahl auf einen Lehrer ohnedies nur 26. Wenn man nun annimmt, daß das Lehrerdienstrecht keine Verschlechterung der Lehrverpflichtung bringt, und ferner annimmt, daß nicht mehr Schüler die Mittelschulen besuchen, werden 1.800 Lehrer überzählig. Bei einer Annahme, daß 1.100 durch Pensionierung oder Tod ausscheiden, bliebe immer noch ein Rest von 700 überzähligen Lehrern, vorausgesetzt, daß keine Neuaufnahmen mehr erfolgen. Es sei jedoch nicht möglich, auf Jahre hindurch keine Lehrer anzustellen. Es wurden auch im heurigen Jahr wieder Lehrer angestellt. Der Redner hofft, daß man auch über diese Klippe hinwegkommen wird.

Es wurde auch darüber geklagt, daß man nicht so viel Lehrer angestellt hat, wie man gebraucht hätte. Die Lösung, zwei Überstunden von einem Teil der Lehrer zu verlangen, ist

sicher keine ideale, aber man möge überlegen: Was ist leichter zu ertragen? Überstunden oder Menschen nach einiger Zeit wieder abzubauen. Ob eine Dienstzeitherabsetzung für die Lehrer möglich sein wird, ist schwer zu sagen. Wir rechnen jedoch damit, daß auch das neunte Schuljahr einen Ausweg bringen wird.

Der Redner nahm dann zum Schulbau Stellung und sagte, obwohl wir keinen Schulraum mehr brauchen, werden wir weiter Schulhäuser bauen müssen, und zwar überall dort, wo neue Bevölkerungsschwerpunkte entstehen. In Bezug auf die Inneneinrichtung der Schulen kann sich die Stadt Wien mit dem Ausland in jeder Weise messen (Beifall bei SPÖ). Man darf natürlich auch nicht auf die alten Schulen vergessen, die modernisiert werden sollen. Durch den Schülerrückgang werden voraussichtlich 69 Schulen überzählig, darunter solche, auf die man gern und leicht verzichten kann.

GR. Dr. Stemmer beschäftigt sich auch mit der Kritik von GR. Dr. Soswinski an den Wiener Schulverhältnissen und hält dem gegenüber Zitate aus dem offiziellen Bericht der Schulverwaltung in der deutschen Ostzone. Daraus geht hervor, daß dort von 1945 bis 1952 die Anzahl der Schulen um 6 Prozent zugenommen hat, in Wien jedoch um 60 Prozent. Auch in der durchschnittlichen Schülerzahl pro Klasse schneidet Wien im Vergleich zur Ostzone sehr gut ab, hier im Durchschnitt 32, dort über 44. Man darf nicht den Eindruck erwecken, daß hier alles schlecht und anderswo alles gut ist (Beifall).

GR. Dr. Stemmer erwidert dann GR. Dr. Eberle, der in der Debatte zum Kapitel Gesundheit über den Geburtenrückgang und die Abtreibungen gesprochen hat. Die Abtreibungen sind aber weder eine Erfindung der SPÖ, noch gehören sie zu ihrem Programm. Wogegen sich die Sozialistische Partei wendet, ist, daß es auf diesem Gebiet ein Privileg gegeben hat. Wer es sich leisten konnte, die Kosten zu bezahlen, für den ist die ganze Geschichte vertuscht worden (Beifall bei SPÖ).

GR. Dr. Eberle hat auch gesagt, die soziale Lage der Patienten zu beurteilen ist nicht Aufgabe eines Arztes: er hat aber gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß man bei der Beurteilung dieser Frage/ <sup>auch</sup> die Notlage der Ärzte in Betracht ziehen müßte. Hier klafft ein Widerspruch!

Es ist über die Ursachen des Geburtenrückganges sehr viel gesprochen worden. Aber eines kann man nicht übersehen, daß der Rückgang im Jahr 1948 beginnt. Das muß einem zu Denken geben. Dem Jahr 1948 gingen die politischen Entwicklungen in Ungarn und der Tschechoslowakei im Jahre 1947 voraus. Die Bedrohung der Welt durch Kriegsgefahr hat es mit sich gebracht, daß verantwortungsbewußte Menschen in dieser ernstesten Frage vorsichtiger geworden sind.

Der Redner nimmt ferner zu den Ausführungen der ÖVP über die Einführung der unentgeltlichen Abgabe von Lernmitteln durch Bürgermeister Dr. Lueger Stellung. Das waren die Armenlernmittel. Als 1920 die unentgeltliche Abgabe der Lernmittel im Gemeinderat beschlossen wurde, da waren die Stimmen der Christlich-Sozialen nicht dabei. Der Redner zitiert auch einen Erlaß aus dem Jahre 1934, in dem es heißt, daß jene die Schulbücher nicht unentgeltlich bekommen sollen, von denen angenommen werden kann, "daß die Beschaffung der Schulbücher keine unerschwingliche Ausgabe" darstellt. Damit war der Lueger-Zustand wiederhergestellt.

Nochmals auf die Rede von GR. Dr. Soswinski eingehend, weist der Redner nach, daß in der deutschen Ostzone die Eltern unter anderem zu Arbeiten und finanziellen Leistungen für die Schulen aufgefordert werden. Abschließend stellte er fest: Wäre es ein schlechter Weg, den wir hier gehen, dann würde sich das Schulwesen nicht so gut entwickelt haben. Die äußere Anerkennung für den hohen Stand des Wiener Schulwesens könne man Jahr für Jahr bei der Verleihung der Renner-Preise sehen: Schulrat <sup>Radl</sup> Volksschullehrer Bendl und jetzt erst Blindenlehrer Melhuber. Jeder für sich ist ein Symbol der hohen Qualität der österreichischen Schule. (Beifall bei der SPÖ.)

In seinem Schlußwort erklärt Stadtrat Bauer zu dem Vorwurf der Bodenspekulation: Die Gemeinde Wien weiß ganz genau, was recht und billig ist. Wir können auch ganz genau unterscheiden, was wir bei Grundkäufen bieten können und was nicht; denn wir haben noch eine freie Willensbildung und können zu den Dingen frei und unabhängig unsere Stellung beziehen. In Wien wird bei Grundkäufen der drei- bis vierfache Einheitswert bezahlt.



Darüber hinaus sind wir noch nicht gegangen. Bei den Grundankäufen am Franz Josefs-Kai ist die Gemeinde Wien nicht leichtfertig vorgegangen. Wir waren nur auf Grund der Bauordnung verpflichtet, den Grund einzulösen. Der Preis wurde durch das Gericht festgesetzt.

Zu der Klage des GR. Dr. Soswinski, man schätze bei uns den Osthandel und die Notwendigkeit rechtzeitiger Einfuhren nicht richtig ein und berücksichtige die Preisdifferenzen zwischen Ost und West nicht gebührend, erklärt der Stadtrat: Die Zeit, da wir wurmige Erbsen als Geschenk bekommen haben und dann teuer bezahlen mußten, ist vorbei. Die österreichische Bevölkerung überlegt sich heute, was und zu welchem Preis eingeführt werden soll. Wenn man uns Gänse anhängen will, die in Westdeutschland preislich noch vertretbar sind, dann sind sie bei uns preislich eben nicht mehr vertretbar. Jedenfalls ist dank der vorsorglichen Politik des Wiener Marktamtes vorgesorgt, daß der Weihnachtstisch der Wiener voll gedeckt ist und daß die Preise entsprechend erstellt wurden.

Bei den Verhandlungen über die Stadtplanung ist auch das Problem des Naschmarktes und der Großmarkthalle besprochen worden. Der zunehmende Verkehr zwingt zu einer Lösung dieser Frage, jedoch muß unter Vermeidung von Fehlplanungen eine Dauerlösung gesucht werden.

Zu beanstandeten Fehlplanungen in St. Marx verweist der Stadtrat auf die Schwierigkeit, in den Wirren der Nachkriegszeit eine richtig vorausschauende Planung zu erstellen. Im übrigen wurde der Pferdeschlachthof Meidling nach St. Marx verlegt, wodurch einerseits wertvolle Baugelände gewonnen werden, andererseits die Kapazität von St. Marx besser ausgenützt werden konnte.

Die beiden Beschlusanträge des Dipl. Ing. Dr. Hengl empfiehlt der Berichterstatter in einer geänderten Fassung zur Annahme.

Bei der Abstimmung werden die Budgetansätze der Verwaltungsgruppe IX unverändert gegen die Stimmen der WdU und des Linksblockes angenommen.

Die beiden BeschluBanträge werden einstimmig in der vom Berichterstatter empfohlenen Fassung dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

(Unterbrechung des Berichtes über die Budgetverhandlungen)

Ein freudiger Ausblick auf das kommende Jahr

=====

Gemeinde Wien sichert Vollbeschäftigung für Bauarbeiter

18. Dezember (RK) Heute nachmittag wurde auf der städtischen Baustelle in der Czartoryskigasse, wo die Gemeinde Wien eine Wohnhausanlage mit 18 Stiegehäusern und 200 Wohnungen baut, die Dachgleiche erreicht.

Stadtrat Thaller, der aus diesem Anlaß die Baustelle besichtigte, beschäftigte sich in einer kurzen Ansprache an die Arbeiter mit der Bautätigkeit im kommenden Jahr. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß er den Arbeitern und der Bauwirtschaft eine frohe Kunde überbringen kann: mit dem soeben im Wiener Gemeinderat angenommenen Baubudget wurde den Bauarbeitern im Jahre 1954 die Vollbeschäftigung gesichert!

Er verwies auf die großen Leistungen des heurigen Jahres, in welchem es gelungen ist, den Bau von 7.913 neuen Wohnungen in Angriff zu nehmen, um 1.463 mehr, als vor einem Jahr im Gemeinderat versprochen wurde. Stadtrat Thaller sprach den Bauarbeitern für ihre Leistungen seinen herzlichsten Dank aus und benützte zugleich die Gelegenheit, um auch die gute Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter zu würdigen.

Schwedenplatz und Stephansplatz für den Verkehr freigegeben

=====

18. Dezember (RK) Nach Fertigstellung der Straßenbauarbeiten werden ab Sonntag, den 20. Dezember, der Schwedenplatz und der Stephansplatz für den Verkehr freigegeben.

**Puppen werden adoptiert!**  
=====

18. Dezember (RK) Es ist eine alte pädagogische Weisheit, den Mädchen eigentlich ziemlich lange ihr geliebtes Puppenspiel recht schön und erstrebenswert zu machen. Es werden doch dabei viele wertvolle Eigenschaften wie als Vorwegnahme späterer Ernstsituationen im Leben erprobt. Wie aufmerksam, fleißig, aber auch zärtlich und mütterlich-hingebend können kleine Puppenmütter sein!

Das Puppenspiel sollte mit vielen Mitteln in allen Familien gepflegt werden. Aus diesem Grund eröffnet das Jugendamt der Stadt Wien mit freundlicher Hilfe der Wiener CARE-Mission zu Weihnachten seine erste Adoptionsstelle für Puppen. Vorläufig wurden zwölf Mädchen, acht bis zehn Jahre alt, ausgewählt. Sie sind bereit, die Puppen als Pflegekinder zu übernehmen - jene wunderschönen Puppen, welche die CARE-Mission gespendet hat.

Heute nachmittag hat Vizebürgermeister Honay im Kindergarten Stadtpark in einer kleinen Vorweihnachtsfeier den Puppenmüttern ihre neu. Lieblinge übergeben, freilich nur in Windeln gewickelt. Aber die Puppenmütter strahlen vor Glück, versprachen mit kindlichem Eifer, ihre Puppenkinder gut zu pflegen und wie es vorgesehen ist, monatlich einmal in den Beratungsstunden vorzustellen. Die beratende Kindergärtnerin wird jedesmal beurteilen, ob die Pflege der Puppen richtig ist, ob sich etwa die Puppenwäsche, Puppenkleider von Beratung zu Beratung vervollständigen, immer entsprechender, immer schöner werden. Und wenn dann ein Jahr der Beratung vorbei sein wird, dürfen die Puppenmütter darum bitten, ihre Pflegekinder als die eigenen Puppenkinder adoptieren zu dürfen .....

Mögen die Mütter Wiens, welche Töchter haben, diesen schönen Versuch beachten: Auch aus der kleinen Leistung der "Adoptionsstelle für Puppen" entwickeln sich wertvolle erzieherische Anregungen für viele ratsuchende Mütter. - Das Puppenspiel hat erzieherische, ja tatsächlich auch Werte im Sinne der Heilpädagogik.

Übrigens werden nicht nur Puppen als Leihgaben von der

18. Dez. 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2315

CARE-Mission zur Verfügung gestellt: eine Gruppe von Jungen erhält Bälle, die ebenfalls zu gewissen Terminen vorgezeigt werden, um die betreffende Gruppe zur Pflege des Spielzeuges anzuhalten.

Vizebürgermeister Honay dankt im Namen des Jugendamtes der Stadt Wien der Wiener CARE-Mission für ihre schöne Hilfsbereitschaft, mit der sie bewiesen hat, daß sie auch hier bereit ist, ein kleines Projekt zu unterstützen, wenn es gilt, Wiener Kindern Freude zu schenken,

Ferkelmarkt vom 17. Dezember  
=====

18. Dezember (RK) Aufgebracht wurden 61 Ferkel, verkauft wurden 59. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 6 Wochen 210 S, 7 Wochen 244 S, 8 Wochen 270 S, 10 Wochen 300 S, 12 Wochen 360 S.

Der Marktbetrieb war mäßig.

Allgemeine Verwaltung  
=====

Der Gemeinderat geht sodann zur Beratung der Verwaltungsgruppe X: Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, über.

Amtsführender Stadtrat Afritsch bezeichnet die Präsidialausgaben der Stadt Wien im Vergleich zum Repräsentationsdienst anderer Städte als bescheiden. Mit Freude ist festzustellen, daß der Fremdenverkehr in der letzten Zeit sehr gestiegen ist. Wien ist wieder auf dem Wege, eine internationale Kongreßstadt zu werden. Im vergangenen Jahr wurde in Wien eine Reihe großer internationaler Kongresse abgehalten. Eine besondere Ehre war die Abhaltung des Internationalen Städtetages. Für das Jahr 1954 sind bis jetzt für Wien mehrere Kongresse vorgesehen, darunter die Internationalen Kongresse der Gartenarchitekten, der Heilpädagogen und der Tiergartendirektoren.

Im Jahre 1953 hat die Stadt Wien 35 Empfänge für rund 4.500 Personen, darunter 3.000 Ausländer, gegeben und zahlreiche Erinnerungsgaben, darunter 1.000 Exemplare des Buches "Profil einer Stadt" verteilt.

Eröffnungsfeiern wurden vom Präsidialdienst organisiert für: vier Schulen, vier Kindergärten, die Marienbrücke, 18 Wohnhausanlagen, die Schwesternschule und das Heim Wilhelminenspital, die Grundsteinlegung zum Großspeicher am Steinfeld, die Grundsteinlegung zur Stadthalle, die Einschaltung der 50.000. Straßenlampe u.a.m.

Gehrt wurden 884 Paare anlässlich ihrer Goldenen Hochzeit, 42 Paare anlässlich der Diamantenen, 6 Paare anlässlich der Eisernen und ein Paar anlässlich der Steinernen Hochzeit.

Anerkennende Worte fand Stadtrat Afritsch für die Tätigkeit der Pressestelle der Stadt Wien. Die "Rathaus-Korrespondenz" erscheint mindestens einmal, meist zweimal täglich und bringt wichtiges Informationsmaterial für Presse und Radio. Mit Befriedigung hebt der Stadtrat die erfolgreiche Arbeit auf diesem Gebiete hervor. Der Bilderdienst wurde ausgestaltet, ebenso die bildmäßige Gestaltung der Kleinprospekte "Die Stadt Wien gibt Auskunft". Die Bilderkästen an beiden Seiten des Rathauses und seit einiger Zeit auch an 21 Magistratischen Bezirksämtern finden großes Interesse bei der Bevölkerung.

Der Stenographendienst legt besonderes Gewicht auf die rasche Ausfertigung der Protokolle. Eine Magnetophonanlage unterstützt die Stenographen in ihrem schweren Dienst. Auch das Arbeitsverfahren bei der Drucklegung der Landtags- und Beschlußprotokolle wurde vereinfacht und beschleunigt.

#### Bevölkerungswesen

Am 1. September 1952 wurden in Wien 1.767.297 Einwohner gezählt, im August 1953 1.759.000 und im Oktober 1953 1.760.952. Wenn man berücksichtigt, daß der Gestorbenenüberschuß über 12.500 beträgt und der Rückgang der Bevölkerung rund 7.000 ausmacht, so sind 1953 immerhin rund 5.000 Personen nach Wien zugewandert.

Zum Geburtendefizit erklärt der Stadtrat: Wir hatten schon einmal in den Jahren der Weltwirtschaftskrise so niedrige Geburtenziffern wie heute. Während auf 10.000 der Bevölkerung in den Jahren 1906 bis 1910 245 Geburten kamen, waren es 1925 140, 1936 55, 1937 54, 1952 70 und in den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres 67. Trotz der unbefriedigenden und niedrigen Geburtenziffer ist die Geburtenfreudigkeit der Frauen heute etwas besser als in den Jahren der Weltwirtschaftskrise.

Die Säuglingssterblichkeit ist erfreulicherweise weiter zurückgegangen. Auf 1.000 Geborene kamen im Jahre 1945 191 Sterbefälle, 1950 57, 1952 46, 1953 43.

#### Ein Kraftfahrzeug auf 19 Einwohner

Die Entwicklung auf dem Verkehrssektor nimmt einen stürmischen Fortgang. Vielleicht stehen beide Zahlengruppen - die der Kinder und die der Kraftfahrzeuge - im gewöhnlichen Zusammenhange. Es kommt oft vor, daß die Kinder nicht mehr Adam und Eva, sondern Vespa und Lohner heißen.

1937 liefen in Wien 43.380 Kraftfahrzeuge, 1947 30.493, 1951 71.088, 1952 76.362, und am 31.10.1953 waren es bereits 92.727; die Zunahme in diesem Jahr beträgt somit 18.4 Prozent. 10.258 Motorräder standen am 31.10. mehr im Verkehr als zu Beginn des Jahres. Auf 19 Einwohner kommt ein Kraftfahrzeug.

Die Vermehrung der Kraftfahrzeuge verursachte eine erhöhte Unfallhäufigkeit. Vom Jänner bis Oktober ereigneten sich 13.160 Verkehrsunfälle, was einer Steigerung um rund 18 Prozent entspricht. Das größte Ausmaß der Erhöhung ist bei den Motorrädern und beträgt 50 Prozent. Bei den 13.160 Unfällen wurden 7.379 Personen verletzt oder getötet. Das ist um 23 Prozent mehr als im vorjährigen Vergleichszeitraum. 874 der insgesamt 7.379 Verletzten waren Kinder im Alter bis zu 14 Jahren.

Der Fremdenverkehr wies in einem Jahr - vom 1. Dezember 1952 bis 31. November 1953 - bei 327.471 Fremdenmeldungen 965.299 Übernachtungen auf, das ist ein Mehr um 13,5 Prozent. Diese Entwicklung hängt zweifellos mit der Aufhebung der Kontrolle an der Zonengrenze zusammen. Von den 38.423 Fremden, die heuer mehr nach Wien gekommen sind, waren 28.452 Ausländer. Das ist bei den Ausländern eine Steigerung um 28,9 Prozent. An erster Stelle steht bei den Fremden Italien mit 20.750 Besuchern, es folgen USA mit 18.990, Westdeutschland mit 12.521, das damit von der **siebenten Stelle auf die dritte** vorgerückt ist und <sup>die</sup> Schweiz mit 12.995 Besuchern.

Bei den Eheschließungen ist ein leichter Rückgang auf 13.800 zu verzeichnen. Nach der Statistik entsprechen einer Eheschließung eine Geburt und zwei Todesfälle.

Auch die Einbürgerungen und Staatsbürgerschafts-erklärungen sind im vergangenen Jahr etwas zurückgegangen. Von 1945 bis 1.11.1953 wurden 78.303 Einbürgerungsgesuche und Staatsbürgerschaftserklärungen positiv erledigt, 1953 bis 30. November 5.097. Insgesamt erhielten damit 133.115 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft. Von den verliehenen Staatsbürgerschaften entfallen mehr als zwei Drittel auf Flüchtlinge. Es gibt kein Bundesland, das so viele Personen eingebürgert hat wie Wien. Bei einem 25prozentigen Anteil der Bevölkerung hat es einen Anteil von 38 Prozent Flüchtlingen. Die große Masse der Flüchtlinge, die sich um die Einbürgerung beworben haben, sind österreichische Staatsbürger geworden. Der Rückgang der Einbürgerungen beweist diese Tatsachen.

Die Beamten haben einige sehr schwere Jahre gehabt, und es gebührt ihnen der Dank für ihre Arbeit und das wirklich menschliche Verständnis. Auch die Zahl der ausgestellten Heimatrollenauszüge und Staatsbürgerschaftsausweise ist zurückgegangen, ist aber immer noch beträchtlich. Vom 1. Jänner bis 30. November 1953 wurden 58.524 ausgestellt.

#### Keine ungünstigen Auswirkungen der Gewerberechtsreform

Bei der Schaffung der Gewerberechtsnovelle 1952 wurden Befürchtungen laut, daß sich durch die Aufhebung des Untersagungsgesetzes die Zahl der Gewerbeberechtigungen ungeheuer vermehren würde und die Wirtschaft großen Schaden erleiden würde. Die Befürchtungen in dieser Richtung trafen überhaupt nicht zu. In den ersten zehn Monaten 1953 wurden 873 Gewerbeberechtigungen für freie Gewerbe ausgestellt (in den ersten zehn Monaten 1952 waren es 908), 3.420 (3.076) für gebundene Gewerbe, 1.307 (1.392) für handwerksmäßige Gewerbe und 1109 (952) für konzessionierte Gewerbe. Alle, die für die Abschaffung des Untersagungsgesetzes eintraten, haben auf Grund der bisherigen Erfahrungen Recht behalten. Die Gewerberechtsreform hat sich auch verwaltungsmäßig günstig ausgewirkt; schätzungsweise sind ungefähr 25 Prozent der Gewerbeagenden weggefallen. Den vom 1. November 1952 bis 31. Oktober 1953 ausgestellten 8.873 neuen Gewerbeberechtigungen stehen 14.679 erloschene Gewerbeberechtigungen gegenüber.

Die meisten noch bestehenden öffentlichen Verwaltungen und öffentlichen Aufsichten betreffen das sogenannte Deutsche Eigentum. Derzeit sind 424 öffentliche Verwalter und 58 Aufsichtspersonen gegenüber 2.356 im Jahre 1946 eingesetzt.

Die Registrierungen sind kaum verändert. Im November 1952 waren 7.716 Belastete registriert, im Dezember 1952 7.662.

In den letzten elf Monaten wurden 595 Vereine gegründet, 33 Vereine aufgelöst und in 20 Fällen die Vereinsbildung oder -umbildung untersagt. Derzeit bestehen rund 9.700 Vereine.

Für die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen sind 3,1 Millionen Schilling eingesetzt. Seit dem April 1932 wählen die Wiener im nächsten Jahr das erste Mal getrennt von den Nationalratswahlen und seit dieser Zeit das erste Mal die Bezirksvertretungen. Zur Durchführung der Wahl werden wieder Wählerverzeichnisse angelegt wurden.



Durch die Normalisierung der Verhältnisse ist die Zahl der von der Gemeinde geführten Prozesse wesentlich geringer geworden; es ist ein Rückgang um 35 Prozent. Erfreulicherweise konnten zahlreiche Rückstellungsfälle völlig abgewickelt werden, und nur noch eine Anzahl von besonders komplizierten Rückstellungsansuchen sind noch zu erledigen. Auch in diesen Fällen ist mit einer baldigen, zumeist vergleichswisen Erledigung zu rechnen.

Für die Feuerwehr ist ein Gesamtaufwand von rund 52,7 Millionen Schilling vorgesehen. Im außerordentlichen Voranschlag sind für Kriegsschädenbehebung 7 Millionen präliminiert, zu gleichen Teilen für den Weiterbau der Feuerwehrzentrale Am Hof und der Feuerwache Ottakring. Der Personalstand ist mit 1.284 fast unverändert geblieben. Der Mitgliederstand der 80 freiwilligen Feuerwehren beträgt 2.000 Mann. Die Berufsfeuerwehr verfügt über 156, die freiwilligen Feuerwehren über 31 Feuerwehrfahrzeuge. Die Feuerwehr ist personalmäßig auf dem Friedensstand, die technische Ausrüstung ist besser als vor dem Kriege. Vom 1. November 1952 bis 31. Oktober 1953 mußte die Feuerwehr 5.176 Mal ausrücken; sie hatte in dieser Zeit 1.235 Brände, davon 6 Großbrände und 48 Mittelbrände, zu bekämpfen.

Unter dem allgemeinen Beifall des Hauses dankt Stadtrat Afritsch allen Mitarbeitern, vor allem aber den Feuerwehrmännern für ihre Einsatzbereitschaft.

GR. Josef Doppler (WdU) stellt mit Bedauern fest, daß der Personalstand der Feuerwehr um 16 Bedienstete verringert wird. Erfreulich sei jedoch, daß die Ansätze für die Hauptbezüge etwas gestiegen sind. Er würde es als zweckmäßig erachten, diesen Verwaltungszweig der Geschäftsgruppe VII anzugliedern, weil es sich hier um eine technische Angelegenheit handelt.

Der Redner spricht sich gegen die Verringerung der Ansätze für die Anschaffung und Instandhaltung der Dienstkleidung der Standesbeamten aus. Man sollte auch gegen die Aufhetzung der Bevölkerung gegen die standesamtliche Zeremonie eintreten. Diesem Problem gebühre schon wegen der großen Zahl von Ehescheidungen besondere Beachtung.

Gewisse Publikationen der Statistik, vor allem auf dem Gebiete des Bau- und Wohnungswesens erachtet der Redner als unzulänglich. So müßte aus den Statistiken die Frage der Wohn-dichte in den Gemeindebauten, die Frage bezüglich des Baugrundbesitzes der Gemeinde in den einzelnen Bezirken, ein Veränderungsausweis über das von der Gemeinde Wien verwaltete Nazi-eigentum usw. zu ersehen sein. Es dürfe auch nicht vorkommen, daß sich beim Vergleich der verschiedenen statistischen Darstellungen untereinander Unterschiede ergeben.

GR. Doppler erklärt, er müsse auch heute, wie schon so oft, die Forderung darnach erheben, daß über die von der Gemeinde geführten Prozesse sowie die Summe der Prozeßkosten berichtet werde.

Die Magistratsabteilung 61, die auch die Evidenzführung der Kriegsgefangenen und Vermißten besorgt, müßte ihre Tätigkeit durch einen ähnlichen Suchdienst, wie der des Innenministeriums, erweitern.

Als erfreulich bezeichnet es GR. Doppler, daß bei den Einbürgerungen eine gewisse Erleichterung eingetreten ist, vor allen auch jenen Personen gegenüber, die man zu sogenannten "Deutschen Staatsbürgern" stempeln wollte, und gegen die man früher besonders rigoros war. Der Redner führt dies jedoch auch darauf zurück, daß die Gemeinde Wien solchen Personen, die schon lange vor 1938 in Wien lebten, die ihnen 1945 geraubten Wohnungen und Geschäfte zurückgeben und ihre Schäden ersetzen mußte. Die Gemeinde fürchtet nun, daß die ausgebürgerten ehemaligen Nationalsozialisten, die heute als sogenannte "Deutsche Staatsbürger" anerkannt werden, gleichfalls Schadeneratz und Rückstellung für das ihnen 1945 entzogene Eigentum fordern könnten. Um dem zu entgehen, will ihnen die Gemeinde wieder das Heimatrecht geben. Dank und Anerkennung spricht der Redner allen an den Wahlarbeiten zur Nationalratswahl beteiligten Personen aus. Der Redner tritt sodann für die Abschaffung verschiedener noch bestehender Härten gegenüber Nationalsozialisten ein.

Abschließend erklärt GR. Doppler, daß er noch einige ihn persönlich angehende Beschuldigungen widerlegen möchte.

So könne er belegen, daß er sich im Jahre 1945 nicht "ver-krochen" habe, sondern zu diesem Zeitpunkt in amerikanischer Gefangenschaft war. Zu der Beschuldigung, er hätte während der NS-Zeit hunderte Beamte entlassen, weise er ein Schreiben des Personalamtes aus dem Jahre 1947 vor, in dem ihm be-stätigt wird, daß seine Dienstleistung befriedigend war und er wegen Zugehörigkeit zur NSDAP entlassen wurde.

Seine Fraktion könne die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Gruppe nicht geben ehe nicht die wesentlichsten Fragen des NS-Problems, die in diese Gruppe fallen, gelöst werden.

GR. Dr. Altmann (LBl) stellt mit Befremden fest, daß wohl viele Kongresse und Tagungen durch die Stadtverwaltung empfangen wurden, dies jedoch beim Weltgewerkschaftskongreß unterblieb. Er kritisiert auch, daß die Pressestelle der Stadt Wien den Zeitungen der Opposition in parteiischer Art vor allem bei der Auskunftserteilung Schwierigkeiten bereitet. Er protestiert gegen diese Anmaßung von Zensurrechten. Der Red-ner verlangt, daß wichtige interne Erlässe auch der Öffent-lichkeit zugänglich gemacht werden. Man könnte solche Erlässe im Amtsblatt verlautbaren oder eventuell vervielfältigen und den Gemeinderäten zustellen. So war zum Beispiel die bevor-stehende Erhöhung der Kindergartenbeiträge durch einen Erlaß schon bekannt, bevor es den Mandataren mitgeteilt wurde.

Bei der Feuerwehr anerkennt Dr. Altmann, daß der Wieder-aufbau der Berufsfeuerwehr, wenn auch noch nicht abge-schlossen, so doch weit vorgeschritten ist. Die Wiener Feuer-wehr hat wieder jene Schlagkraft erreicht, die sie zu einer der besten in der Welt macht. Aber was anzuerkennen ist, ver-dankt man weniger der Verwaltung der Stadt Wien, als den Feuerwehrleuten.

Die Bedingungen, unter denen sie arbeiten müssen, sind nach wie vor elend. 24 Stunden Dienst und 24 Stunden Freizeit gehen weit über das hinaus, was jede kommende gesetzliche Arbeitszeitregelung für irgend eine Berufsgruppe als zulässig erklären wird. Der Redner kritisiert auch die sanitären An-lagen in manchen Feuerwachen sowie den Zustand der Mann-schaftsräume. Er warnt ferner vor einer Personalverminderung und meint, es gibt kein Gebiet der Verwaltung bei dem Sparmaß-nahmen weniger am Platze sind als bei der Feuerwehr.

Man müsse vielmehr dafür sorgen, daß das Feuerwehrpersonal vermehrt wird, damit der Schutz der Wiener Bevölkerung gesichert ist. Auch für einwandfreies Material und eine gediegene Ausrüstung muß gesorgt werden.

Abschließend sagte GR.Dr. Altmann, daß trotz dem Aufbau der Feuerwehr, der nicht geleugnet werden soll, noch außerordentlich viel zu tun ist, daß aber in den Ansätzen für 1954 nicht die notwendigen Vorkehrungen getroffen wurden. Der Dank an die Feuerwehrleute allein genügt nicht, man müsse ihm auch Taten folgen lassen. Da er diese aber vermisse, könne er den Ansätzen im Namen seiner Fraktion die Zustimmung nicht geben.

GR.Dr. Fiedler (ÖVP) sagte, die Ziffern des Budgets dieser Geschäftsgruppe stehen keineswegs im Einklang mit dem umfangreichen Aufgabenbereich. Er beanstandet auch, daß der zuständige Gemeinderatsausschuß so selten einberufen wird. Zweifellos könnte in vielen Fällen der Ausschuß zur aktiven Mitarbeit herangezogen werden.

Im Hinblick auf die kommenden Wahlen bringt der Redner einen Antrag auf Einführung der Wahlpflicht für Wien ein. Ferner erhebt er die Forderung, die wahlkreismäßige Aufteilung der Landtagsmandate auf Grund der Volkszählung neu vornehmen zu lassen. Er verlangt, daß die Durchführung der kommenden Wahlen ordnungsgemäß erfolgen soll. Der Redner erwähnt in diesem Zusammenhang Vorfälle bei der Nationalratswahl, wo in Altersheimen die vorbereiteten Stimmzettel der alten Leute überprüft und in einigen Fällen ausgetauscht wurden.

Im Zusammenhang mit der Ausschmückung der Trauungssäle erneuert der Redner die Forderung nach Schaffung einer österreichischen Ehegesetzgebung. (Beifall bei der ÖVP.) Die Standesämter werden dadurch in ihrem Aufgabenkreis keineswegs überflüssig.

GR.Dr. Fiedler regt weiter an, für Simmering wieder ein eigenes Magistratisches Bezirksamt zu schaffen, da die Bevölkerungszahl seit der Zusammenlegung des Amtes mit dem des dritten Bezirkes um 4.200 Menschen zugenommen hat.

Zu der Kritik des GR.Dr. Altmann an der Praxis der Stadt-

verwaltung bei öffentlichen Einladungen stellt der Redner fest, daß es sich bei den nicht Eingeladenen meistens um solche handelt, die nicht mit offiziellen Reisepapieren nach Österreich, sondern in der Regel unter dem Schutz einer Besatzungsmacht auf einem Umweg zu uns kommen. Außerdem verfügen die Behörden über keine Unterlagen, da diese Personen in einer bestimmten Zone wohnen müssen, wo keine Meldepflicht besteht. Es wäre gar nicht angängig, daß die Stadtverwaltung Institutionen Empfänge gibt, die im Rahmen ihrer Veranstaltungen gegen die österreichische Bundesregierung Stellung nehmen. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteigenossen.)

Die Magistratischen Bezirksämter und die zuständigen Magistratsabteilung mögen der Bekämpfung unberechtigter Gewerbeausübung ein besonderes Augenmerk zuwenden und den berechtigten Erwartungen der Bevölkerung entsprechen. Die Geldstrafen sollten dem Vergehen entsprechend verhängt werden und eine abschreckende Wirkung erreichen.

Bei der Verleihung von Konzessionen, insbesondere im Gast- und Schankgewerbe, soll der Bedarf geprüft und die Behörde verpflichtet werden, sich mit den Gutachten der Fachkörperschaften sachlich auseinanderzusetzen und von den Gutachten nur dann abzuweichen, wenn sie auf einer irrigen Beurteilung der Sachlage beruhen.

Der Abteilung für Verkehrsrechtsangelegenheiten kommt mit Rücksicht auf die gewaltige Motorisierung eine ganz besondere Bedeutung zu. Die Mitglieder des zuständigen Gemeinderatsausschusses sollten zu einer stärkeren Mitarbeit herangezogen, darüber hinaus ein größerer Kreis von am Verkehr beteiligten Personen zur Stellungnahme eingeladen und eine Art Verkehrsparlament geschaffen werden, wie ein solches zum Beispiel bereits in München existiert. Wichtig wäre vor allem die Lösung des Lärmproblems im Straßenverkehr und die Wiedereinführung des Hupverbotes während der Nachtstunden.

Der Redner kritisiert es, daß Konzessionen für Kraftfahrlinien unter der Bedingung verliehen werden, daß die Linien nur so lange betrieben werden dürfen, als sie die Stadt Wien nicht selbst betreibt und spricht sich für einen rascheren Aktenlauf bei Verpachtungs- und Konzessionsansuchen im Personenfuhrwerks-gewerbe aus.

Die Fraktion der ÖVP begrüßt es mit Genugtuung, daß die Ausrüstung der Feuerwehr mit Fahrzeugen und Geräten nunmehr als abgeschlossen gelten kann. Vor wenigen Wochen wurde auch die automatische Brandmeldeanlage in Betrieb genommen und damit einem bereits wiederholt vorgebrachten Wunsch der ÖVP entsprochen. Unter Hinweis auf eine Aktion in Breitenfurt, wo der Brand wegen Wassermangels nicht gelöscht werden konnte und die Wiener Feuerwehr ohne Tankwagen ausrückte, fragt Redner, ob die Wiener Feuerwehr über genaue Unterlagen verfüge, aus denen die Wasserverhältnisse der Einsatzstellen zu ersehen sind. Er bittet, die freiwilligen Feuerwehren der Randgebiete so wie bisher zu unterstützen. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Ehrungen für Goldene und Diamantene Hochzeiter sowie für Hausgehilfinnen mit langjähriger Dienstzeit verdienen besondere Anerkennung.

Die statistischen Ziffern über das krasse Mißverhältnis zwischen Geburten- und Todesfällen sind erschreckend. Sie haben bewirkt, daß sich nunmehr auch die Mehrheitspartei dieses Hauses mehr mit diesem Problem befaßt. Das Mißverhältnis kann aber nicht durch den Zuwanderungsüberschuß behoben werden, sondern nur durch eine vernünftige und gerechte Familienpolitik. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP. - GR. Marek, SPÖ: Und die Schaffung eines freien Österreichs in einem freien Europa!) Auch das! Auch da sind wir vollkommen Ihrer Meinung. Schaffung eines Familienlastenausgleiches und von Familienkassen sind hier wesentliche Forderungen der ÖVP. Ein erster Schritt wurde bereits vor wenigen Tagen durch Erleichterungen für Familienerhalter im Rahmen der Einkommensteuer geschaffen. In einer vernünftigen Familienpolitik liegt der Schlüssel für das Wohl und Gedeihen nicht nur unserer Stadt, sondern unseres gesamten Vaterlandes. (Erneuter lebhafter Beifall.)

In dem Statistischen Taschenbuch der Stadt Wien sollten auch Aufzeichnungen über die wichtigsten Kulturdenkmäler- und -ereignisse enthalten sein. Eine der vornehmsten Pflichten des Gemeinderates ist es, die baldige Heimkehr aller Kriegsgefangenen zu fordern. (Beifall.)

GR.Dr. Fiedler schließt mit der Bitte an den Amtsführenden Stadtrat, die Wünsche der ÖVP-Fraktion genau zu prüfen. Seine Fraktion werde den Ansätzen dieser Verwaltungsgruppe

ihre Zustimmung.

GR. Bock (SPÖ) begrüßt die gegenüber früheren Budgetberatungen gebesserte Atmosphäre. Er hätte gerne dem WdU das Sitzenzeugnis ausgestellt "wesentlich gebessert", aber es sei nicht klar, wer dieser Gruppe überhaupt noch angehört. (GR. Wicha (WdU): Das ist auch gar nicht so wichtig! - Lebhaftige Heiterkeit.) Sie sind untereinander abhängig geworden, und wenn dieser Prozeß noch weiter geht, wird die Rathausverwaltung in Verlegenheit kommen, weil sie keine Bänke mehr zur Verfügung hat. GR. Doppler hat heuer auch nicht mehr wie in den letzten Jahren die Forderung aufgestellt, die ausgesprungenen Gemeinderäte des WdU durch Anrufung des Verfassungsgerichtshofes zu eliminieren. Nächstes Jahr werde bei den Wahlen ein höheres Gericht über die Existenz der WdU entscheiden und ein viel eindautigeres Urteil sprechen.

Unter Hinweis auf die Erinnerung verschiedener ÖVP-Politiker an Dr. Karl Lueger erklärt GR. Bock: Niemand in diesem Hause wird die überragende Persönlichkeit Luegers abstreiten wollen. Seine Verdienste auf kommunalen Gebiet reichen zweifellos bis in unsere Zeit. Leider ist sein Grundsatz: zuerst die Allmende, die Allgemeinheit, nicht in allen Belangen bei der Volkspartei zu finden. Zu Luegers Kommunalpolitik Ja sagen heißt aber noch nicht, seinen politischen Auffassungen zustimmen, etwa zu seiner Art von Demokratie, in der es vier Wahlkörper gab, wodurch die Christlichsozialen bei etwa 110.000 Stimmen 135 Gemeinderäte hatten, während die Sozialdemokraten mit 90.000 Stimmen nur sieben Gemeinderäte hatten. So eine Art von Demokratie lehnen wir ab.

Unter Hinweis darauf, daß die von der ÖVP bei der Novellierung der Bauordnung befürchtete Expropriation nicht eingetreten ist und sie selbst es begrüßen würde, wenn das deutsche Baulandbeschaffungsgesetz in die Bauordnung Eingang fände, bittet Redner um Annahme seines Antrages, betreffend Ausarbeitung eines Entwurfes für Enteignungen zum Zwecke der Grundbeschaffung.

GR. Bock erklärt sodann gegenüber der Gemeinderätin Dr. Hiltl, wenn ihr die Konstitutionelle Monarchie lieber sei als die Republik, möge sie in andere Länder gehen. Der vor einigen Tagen vorgebrachten Kritik der Gemeinderätin Dr. Stürzer hält er entgegen, daß der Bilderdienst die Bevölkerung mit den Leistungen der Gemeinde bekannt machen muß. Es mag richtig sein, daß manches Mal zu viele Personen auf den Bildern sind, aber es scheint auch, daß man sich gelegentlich aus Proporzgründen dazustellen.

Je mehr sie uns sekkieren, schließt der Redner, desto mehr werden wir in diesem Haus arbeiten. Und das ist uns genug. (Beifall bei den Sozialisten.)

Amtsführender Stadtrat Afritsch nimmt in seinem Schlußwort zuerst zu der von GR. Dr. Altmann geübten Kritik an der "Rathaus-Korrespondenz" Stellung und erklärt: Viele Länder der Erde wären froh, wenn nicht mehr politische Zensur existieren würde, als bei unserer "Rathaus-Korrespondenz" (Beifall bei der SPÖ). Das Wesentlichste der Diskussionsreden wird aufgenommen, auch die Angriffe gegen die KIBA sind aufgenommen worden.

Zu der Kritik wegen der Empfänge von Delegationen und Kongreßteilnehmern verweist der Stadtrat zunächst darauf, daß sie vielfach nicht mit ordnungsgemäß ausgestatteten Papieren nach Österreich kommen, die Einhaltung der österreichischen Gesetze gefordert werden muß. Im übrigen wurden **einige** Organisationen im Rathaus empfangen.

Die Gemeinde Wien hat insbesondere auch in der Frage der Einbürgerung Toleranz geübt, schon in einer Zeit, in der andere noch nicht dazu entschlossen waren.

Die Gemeinde steht auf dem Standpunkt, daß in jedem Kino ein Buffet eingerichtet sein soll, weil das für die Geschäfte gar keine Konkurrenz bedeute.

Den Beschlußantrag des GR. Dr. Fiedler, betreffend die Wahlpflicht, empfiehlt der Referent zur Ablehnung. Er verweist auf die hohe Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen und erklärt, daß es keinen Sinn hat, Gesetze zu schaffen, die dann zur Farce werden.



Oder wollen Sie, so fragt er, jeden zum Richter schleppen und bestrafen, der seiner Wahlpflicht nicht nachgekommen ist? Die zu wählenden Gemeinderatsmandate werden durch eine Verfügung des Bürgermeisters gleichzeitig mit der Wahlausschreibung neu aufgeteilt.

Zwischen den zuständigen Abteilungen der Gemeinde, den Polizeistellen und allen anderen einschlägigen Ämtern finden ununterbrochene Besprechungen über Verkehrsfragen statt. Dabei wird auch die Frage des Hupverbotes erwogen.

Gewiß ist ein 24-Stundendienst nicht **ideal**, das gilt nicht nur für die Feuerwehr, sondern auch für Polizei, Ärzte, Schwestern usw. Aber der Feuerwehrmann ist doch nicht ständig 24 Stunden wach und nicht immer geht die Alarmglocke. Es gibt auch schwächer beanspruchte Feuerwachen und die Feuerwehrleute werden auch ausgetauscht.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des X. Hauptstückes des ordentlichen und außerordentlichen Voranschlages der Stadt Wien gegen die Stimmen des Linksblockes und der WdU angenommen. Der Antrag der ÖVP wird gegen die Stimmen der ÖVP abgelehnt, der Antrag der SPÖ wird einstimmig der geschäftsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bilanz und Bedeckung  
=====

Als letzter Abschnitt des Voranschlages für die Hoheitsverwaltung gelangen Bilanz und Bedeckung zur Verhandlung.

Amtsführender Stadtrat Resch (SPÖ) spricht zunächst seinen Dank dafür aus, daß die Budgetberatungen bei allen politischen Gegensätzen doch nie vom Boden der Sachlichkeit abgewichen sind. Es wurde eine Fülle von Anregungen gebracht, die nunmehr von der Gemeindeverwaltung beraten und zu entsprechenden Beschlüssen führen werden. Er hebt hervor, daß die Opposition bei diesen Beratungen in ganz anderem Rahmen als in manchen anderen Ländern Gelegenheit gehabt hat, ohne jede Hemmung Kritik zu üben. Sie sollte dies auch anerkennen.

Zu Bilanz und Bedeckung selbst verweist der Redner darauf, daß der Voranschlag in seinem ordentlichen Aufwand mit einem Abgang von 136,308.500 Schilling, in seinem außerordentlichen Aufwand mit einem Abgang von 53,189.000 Schilling, somit also mit einem Gesamtabgang von 189,497.500 Schilling schließt.

Zur Bedeckung dieses Abganges stellt er folgende Anträge:

1. Der Entwurf des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1954 wird in seinem ordentlichen Teil mit Einnahmen von 2.862,780.200 Schilling und Ausgaben von 2.999,088.700 Schilling und in seinem außerordentlichen Teil mit Einnahmen von 37,511.000 Schilling und Ausgaben von 90,700.000 Schilling genehmigt.
2. Der Gebarungsabgang ist, soweit er nicht durch Einsparungen und Einnahmeerhöhungen ausgeglichen werden kann, in Rücklagen zu decken.
3. Die Ansätze der Posten 10, Hauptbezüge, 11, Nebenbezüge, 14, Ruhe- und Versorgungsgegenstände, 15, Sozialversicherungsbeiträge, und 19, Sonstige Personalauslagen, sind, jede Post für sich, durch sämtliche Rubriken des Voranschlages gegenseitig deckungsfähig.

4. Virements zwischen den Personalrubriken sowie Virements und sonstige Widmungsänderungen hinsichtlich der im Ausweis über die Investitionen größerer baulichen Herstellungen sowie Inventaranschaffungen verzeichneten Teilbeträge ein und derselben Post sind an die Zustimmung des Amtsführenden Stadtrates für Finanzwesen gebunden, soweit die Überschreitung im Einzelfall 10 Prozent des betreffenden Ansatzes bzw. Teilansatzes oder 5.000 S übersteigt. Virements bis zu diesen Grenzen sind den anordnungsbefugten Dienststellen überlassen.

5. Der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen wird ermächtigt, Ausgabeansätze so weit zu sperren, als die Kassenlage es erfordert."

In der Debatte spricht GR. Dr. Soswinski (LBl), der Kritik an der im 5. Punkt des Antrages enthaltenen Sperrermächtigung des Finanzreferenten übt. In einer ihm sonst bei Ausgaben und Einnahmen nicht eigenen Bescheidenheit habe er erklärt, daß seine Rücklagen bescheiden seien. Bei einem Rechnungsabschluß, der 21 Prozent der Ausgaben aus flüssigen Mitteln gedeckt habe, könne man jedoch nicht von beschränkten Kassenmitteln sprechen. Die Bestimmung sei daher zu streichen.

Stadtrat Resch verweist in seinem Schlußwort darauf, daß diese Bestimmung bereits viele Jahre bestehe. Eine Reserve für knapp zwei Monate sei im Hinblick auf die Unsicherheit der Einnahmen und die Notwendigkeit von Investitionen in der Höhe von Milliardenbeträgen als bescheiden zu bezeichnen und wohl gerechtfertigt.

Einer alten Übung entsprechend und seiner eigenen Neigung nachkommend, dankt der Amtsführende Stadtrat zum Abschluß der Budgetberatungen unter dem lebhaften Beifall des ganzen Hauses allen jenen, die sowohl bei der Beratung wie schon vorher bei der Erstellung des Budgets mitgeholfen und dessen einwandfreie Aufstellung ermöglicht haben.

Er dankt im besonderen dem Bürgermeister als Vorsitzenden des Gemeinderates sowie den übrigen Vorsitzenden für die klaglose Führung der Verhandlungen, den Mitgliedern des Stadtsonates für ihre Mitwirkung an der Budgeterstellung,

den Mitgliedern des Gemeinderates, den Beamten der Magistratsdirektion, Obersenatsrat Dr. Lachs, Kontrollamtsdirektor Dr. Leppa, Obersenatsrat Dr. Gall, Senatsrat Dr. Binder, Rechnungsamtsdirektor Giller, dem Chef des Budgetreferates, Amtsrat Riedl, der heuer erstmals führend die Aufstellung des Budgets geleitet hat. Er dankt schließlich allen Angestellten des Magistrates, die während des ganzen Jahres, besonders in den letzten Monaten bei der Aufstellung des Budgets mitgeholfen haben, und ersucht den Gemeinderat um die Ermächtigung, ihnen allen im Namen des Gemeinderates den Dank auszusprechen. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Finanzreferenten hinsichtlich Bilanz und Bedeckung unverändert gegen die Stimmen des Linksblocks angenommen.

Damit ist die Beratung des Budgets der Hoheitsverwaltung für das Jahr 1954 beendet.

Die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1954 werden morgen, Samstag, behandelt.